

Arbeitsloshilfe

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 27. Juli 1932

Nummer 60

Allgemeinverbindlichkeit des Manteltarifs und des Lohnabkommens

U b s c h r i f t.
Der Reichsarbeitsminister
III 125 A/375 Tar.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Entscheidung

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung („Reichsgeheftsblatt“ 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite:
Deutscher Buchdrucker-Verein E. V., Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Deutschen Buchdrucker, Berlin;
Gutenberg-Bund, Berlin.
- II. Tag des Abschlusses: 14. Mai 1932, Vereinbarung über Wiederinkraftsetzung und Änderung des Deutschen Buchdrucker-Tarifs (Manteltarifvertrag mit Anlagen A und B), sowie über Wiederinkraftsetzung des auf Grund der Vereinbarung vom 17. Dezember 1931 ab 1. Januar 1932 gültig gewesenen Lohn-Tarifvertrages.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchdrucker-Gehilfen in Buch- und Zeitungsdruckereien, sowie in Buchdruckerabteilungen auch sachfremder Unternehmungen, in denen Buchdruckerarbeiten nicht überwiegend zur Herstellung der Betriebsprodukte verrichtet werden. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen der Verwaltungen und Betriebe des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn, die Buchdruckerarbeiten lediglich für Verwaltungszwecke verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Bestimmungen für Tariforgane (§§ 24 bis 31 des Tarifvertrages) und auf Befehlungsbestimmungen (§§ 23 und 23a des Tarifvertrages) nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:
1. Juli 1932.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister jeweils mit dem Tarifvertrag.
Die allgemeine Verbindlichkeit des Deutschen Buchdrucker-Tarifs vom 2. März 1930 und des Lohn-Tarifvertrages vom 17. Dezember 1931 hat geendet.

Im Auftrag gez. Dr. Kalkbrenner.

Begründet: Swoboda-Rinst, Min.-Ratsekretär.

Unser Verband im Jahre 1931

(Schluß.)

Lebhaftem Interesse dürfte im nächsten Jahresbericht der Abschnitt „Aus dem Organisationsleben“ begegnen. Aber die Mitgliederbewegung erfahren wir, daß unser Verband zum erstenmal in der Nachkriegszeit einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte, der sich auf 1931 bezieht. Einem Mitgliederbestand von 90 389 am Jahresanfang stand ein solcher von 88 436 am Jahresfuß gegenüber. Erfahrungsgemäß stellen Krisenjahre an die gewerkschaftliche Treue und Solidarität besonders hohe Anforderungen. Diesen Anforderungen zeigte sich ein kleiner Teil der Mitglieder nicht gewachsen. In Zeiten wirtschaftlichen Wiederaufbaus erstrecken diese Wankelmütigen erfahrungsmäßig auf jede Weise ihre Wiederaufnahme in die Organisation und womöglich die Wiedereinsetzung in die alten Rechte. Unser Ver-

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,

neue Gefahren abwehren,

die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,

dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.
Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand und Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

band aber ist kein Läuberspiel. In Zeiten der Not zeigt sich erst die wirkliche gewerkschaftliche Arbeitsleistung. Wurmstichiges Holz taugt zum Baumaterial nicht. Deshalb wird es nach den vorliegenden Beschüssen des Verbandsvorstandes bei späteren Wiederaufnahmegesuchen der fahnenflüchtig Gewordenen an schweren Enttäuschungen nicht fehlen.

Die Übertritte aus der Lehrlingsabteilung in den Verband gingen von 4591 im Vorjahr auf 2830 zurück. Dieser Rückgang findet seine Erklärung in der Tatsache, daß die im Berichtsjahr Ausgelernten ihre Lehrzeit 1927 antraten, in welchem Jahr weniger Lehrlinge eingestellt werden durften, weil das Jahr 1926 größere Arbeitslosigkeit aufwies, weshalb die Durchschnittszahl der beschäftigten Gesellen niedriger war als in den vorausgegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt gehörten dem Verband 89 576 Mitglieder an, die in 1751 Druckorten beschäftigt waren. Der Mitgliederbestand in den einzelnen Gauen war folgender:

Gau	Ende 1930	Ende 1931	Gau	Ende 1930	Ende 1931
Bayern	8 068	6 794	Übertrag	54 370	63 182
Berlin	10 177	13 753	Oberhein	2 007	1 933
Brandenburg	4 033	4 987	Niederrhein	3 684	3 587
Breschen	3 032	3 518	Sachsen	1 287	1 154
Erzgeb.-Bogisl.	2 437	2 380	Mittelh.-Weißf.	11 192	10 622
Franck.-Osseln	3 830	3 071	An der Saale	4 310	4 289
Hannb.-Witona	3 508	3 092	Saargebiet	1 577	1 577
Hannover	3 922	3 808	Schlesien	3 415	3 307
Hess.-Kat.	7 252	7 120	Schleswig-Holst.	1 191	1 164
Meckl.-Pomm.	899	883	Südwest	3 340	3 508
Mittelrhein	3 473	3 427	Württemberg	4 557	4 408
Nordwest	1 888	1 854	Auf der Stelle	432	415
Übertrag	64 370	63 182	Zusammen	90 389	88 436

Das Kapitel „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung“ veranschaulicht die Not und das Elend der Arbeitslosigkeit im allgemeinen sowie speziell im graphischen Gewerbe. Obwohl die Wirtschaftskrise im Berichtsjahr von ihrem Höhepunkt noch weit entfernt war, hatten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Buchdruckgewerbe bereits einen gewaltigen Umfang angenommen. Nach den Vierteljahrsabrechnungen der Gauverwaltungen wurden an Arbeitslosenwochen gezählt: im 1. Quartal: 237 947 Wochen = 20,6 Proz. (1930: 12,1 Proz.), im 2. Quartal: 244 524 Wochen = 20,9 Proz. (1930: 13 Proz.), im 3. Quartal: 313 035 Wochen = 27,2 Proz. (1930: 16,7 Proz.), im 4. Quartal: 359 230 Wochen = 31,4 Proz. (1930: 19,1 Proz.). Zusammen 1 154 736 Wochen = 25 Proz. (1930: 15,3 Prozent). Das bedeutete gegenüber dem Vorjahr mit 686 749 -Arbeitslosenwochen eine Zunahme von

467 987 Wochen. Auf die einzelnen Sparten verteilt, waren im Berichtsjahr arbeitslos: von je 100 Handsehern 27,5, von je 100 Maschinensehern 17,7, von je 100 Druckern 29,5, von je 100 Stereotypen- und Galvanoplastikern 16, von je 100 Korrektoren 8,1 und von je 100 Schriftgießern 44,3. Ausgesteuert wurden 1931 in der Ortsunterstützung 11 367 Mitglieder (gegen 9560 im Jahre 1930), und zwar mit 70 Tagen 4641 (5153) Mitglieder, mit 140 Tagen 4553 (3428), mit 210 Tagen 1021 (444), mit 280 Tagen 1058 (452), mit 364 Tagen 94 (83). Die Zahl der in der Ortsunterstützung ausgesteuerten Mitglieder belief sich im Berichtsjahr auf 501; ein Teil von diesen war aber schon vorher in der Ortsunterstützung ausgesteuert worden. Die im November 1929 eingeführte außerstatutarische Kostandschilfe, die ihresgleichen keine andre Gewerkschaft aufzuweisen haben dürfte, wurde schon im Jahre 1930 in einem Ausmaß in Anspruch genommen, das bei ihrer Einführung nicht vorausgesehen war. Die Unterstützungstage stiegen von 1 213 541 auf 3 362 678 im Jahre 1931, was fast einer Verdoppelung gleichkam. Diese Entwicklung zwang dann bei der vom dritten Quartal an eingetretenen Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen auch zu einer Herabsetzung der Kostandschilfe, womit die Umwandlung der Wochen- in Tagesätze verbunden war. Weil das erste Halbjahr 1931 einen wesentlichen Neuzugang an Arbeitslosen nicht brachte, bestand die Hoffnung, die Unbegrenztheit der Bezugsdauer, wenn auch nach 280 Tagen zum niedrigsten Satz, beibehalten zu können. Die weitere Steigerung der Unterstützungstage in der Kostandschilfe wäre dann ausgeglichen worden durch ein Absinken der Tage in der jagungsgemäßen Arbeitslosenunterstützung. Das Anschwellen der Arbeitslosigkeit nach der Juli-krise und der damit verbundene Rückgang an Beitragsentnahmen zwang jedoch zur Aufgabe dieses Standpunktes. Vom vierten Quartal 1931 an wurde dann unter abermaliger Kürzung der Tagesätze die Bezugsdauer auf 182 Tage bzw. daran anschließend zum niedrigsten Satz auf weitere 140 Tage festgesetzt. Mit Beginn des ersten Quartals 1932 mußte notgedrungen eine nochmalige Kürzung des Tagesatzes der höchsten Stufe von 80 auf 60 Pf. erfolgen und die Bezugsdauer für die Bezüher des Einheitsatzes von 20 auf 10 Wochen herabgesetzt werden. Insgesamt wurden an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1931

und an allen das Organisationsleben berührenden Dingen nahmen sie lebhaften Anteil. In zahlreichen Entschlüssen wurde zur jeweiligen Situation Stellung genommen. Von besonderer Wichtigkeit war eine im Berichtsjahr abgehaltene Vorstandskonferenz. Durch die Zeitverhältnisse veranlaßt, verminderte sich die Mitgliederzahl der Sparte von 11 158 auf 10 694. Die Auflage der „Technischen Mitteilungen“ belief sich auf 14 500. — Für die Schriftgießer war das Berichtsjahr das katastrophalste. Infolge Teilstilllegung in fast allen Betrieben waren von 1586 Mitgliedern 837 gleich 53 Proz. zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Daneben ging noch Kurzarbeit oder wechselseitiges Ausgehen, so daß die im Betrieb Tätigen 40 bis 24 Stunden arbeiteten. Besonders stark erfaßt wurden von der Arbeitslosigkeit die Gruppe Schriftschneider und Messingarbeiter. Von den Städten litt Leipzig am stärksten. In zwei Betrieben im Reich wird nur gearbeitet, wenn Geld da ist. Heute werden fast nur die leistungsfähigsten und im mittleren Lebensalter stehenden Arbeitskräfte beschäftigt. Von den insgesamt 1629 Mitgliedern gehörten 1016 dem Buchdruckerverband, 102 männliche und 357 weibliche dem graphischen Hilfsverband, 150 dem Metallarbeiterverband an. — Die Stereotypen- und Galvanoplastiker zählten bereits Ende 1931 521 (fast 25 Proz.) Arbeitslose in ihrer Sparte. Unter dieser Misere litt nicht bloß das organisatorische Leben der Sparte, sondern sie wirkte sich in einem Mitglieder-rückgang um 107 aus. Neben der Monatszeitschrift „Blei und Kupfer“ wurden noch zwei Vortragsbroschüren, „Illustrationstechnik in der Stereotypie“ und „Die Stereotypie und die Stereotypen“, herausgegeben.

Den Abschluß des Jahresberichts unseres Verbandsvorstandes über 1931 bildet ein sehr umfangreicher Bericht des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, aus dem hier nur einiges erwähnt werden kann. Die Mitgliederbewegung wurde naturgemäß durch die steigende Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 17 278. Die Zahl der Ortsgruppen ging auf 422 zurück. Das Verhältnis der im Bildungsverband organisierten Mitglieder betrug: Handseher 69,6 Proz., Maschinenseher 8,4 Proz., Drucker 14,5 Proz., Korrektoren 2,4 Proz., verschiedene 5,1 Proz. Aus diesen Verhältniszahlen ergibt sich, daß im Bildungsverband alle Sparten vertreten sind. In organisatorischer Hinsicht war der Siebente Vertretertag in Erfurt ein Höhepunkt. Durch zentrale Vortragsreisen bereidete die Verbandsleitung die Arbeitsprogramme und die Werbetätigkeit der Ortsgruppen. Die im Vorjahr errichtete Lichtbildstelle konnte dank der Unterstützung bewährter Mitarbeiter vielseitig ausgebaut werden. Sie darf jetzt als ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Vortrags- und Rundsendungswesens des Bildungsverbandes angesehen werden. Zu den bereits vorhandenen 42 Vorträgen mit ungefähr 3000 Glasdiapositiven kamen im Berichtsjahr 15 Vor-



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Richter in Blankenburg a. H.
Eingetreten: 26. Juli 1882 — Jetzt Invalide



träge mit rund 1000 neuen Lichtbildern. Die Lichtbildstelle umfaßte am Jahresschluß 89 Vorträge. Dazu kommen noch die Werkfilme, die von der Lichtbildstelle mehrfach vermittelt werden konnten. Neben den 89 Vorträgen der Lichtbildstelle und den 1235 Rundsendungen der Kreise standen den Ortsgruppen noch 152 zentrale Manuskriptvorträge und Rundsendungen zur Verfügung, die 350mal ausgeteilt wurden. Einem neuen Versuch, das Leben in den Ortsgruppen zu leben und die Zusammenarbeit der Kollegen zu fördern, dienen zwei Hörspiele. Die Zusammenarbeit des Bildungsverbandes mit den Sparten war im allgemeinen sehr kollegial und freundschaftlich. Die Büchergilde Gutenberg machte auch im abgelaufenen Jahr gute Fortschritte. Sie erwies sich als eine Kulturgemeinschaft, die unter den werktätigen Buchlesern festen Fuß gefaßt hat. Es war möglich, den Mitgliederstand nicht nur zu halten, sondern ihn um rund 3000 neue Mitglieder zu vermehren, so daß die Zahl der Mitglieder am Ende des Jahres 78 432 betrug. Im Jahre 1931 erschienen 24 neue Werke, die den Mitgliedern nicht nur eine reiche Auswahl boten, sondern von neuem bewiesen, daß die Leitung bestrebt ist, das literarische Programm auf der Höhe zu erhalten. Die Gesamtzahl der erschienenen Werke stieg auf 137. Alles in allem genommen, befreit der Bericht des Bildungsverbandes von neuem die Überzeugung, daß diese Organisation mit vollem Recht für sich in Anspruch nehmen kann, eine hervorragende Pflegestätte beruflicher Tüchtigkeit zu sein. Ein neues Arbeitsgebiet war die Schulung der erwerbslosen

Kollegen. In Gemeinschaft mit den Ortsvereinen des Verbandes, den Spartenvorständen, den Arbeitsämtern bzw. den Wohlfahrts- und Jugendpflegeämtern oder aber — was nicht selten der Fall war — ganz unter ihrer eignen Verantwortung richteten die Ortsgruppen des Bildungsverbandes Arbeitslofenkurse ein, die den erwerbslosen Kollegen die Verbindung mit dem Beruf ermöglichen sollten. Trotz der überaus schweren Not der Krisenzeit beherzigt ein erfreulicher Fortschrittsdrang die Geshilfenchaft, den selbst die fortgesetzten Lohnabbauratraden der Prinzipale wohl zu hemmen, aber nicht zu ersticken vermögen.

In einem Anhang enthält der Bericht unseres Verbandsvorstandes schließlich noch wichtige Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes, der Tarifparteien sowie die Höhe des seit dem 1. Januar 1932 in Geltung befindlichen Lohnsatzes für das Buchdruckergewerbe.

Damit sind wir am Schluß unserer Vorbesprechung des Jahresberichts über 1931 angelangt. Infolge der nur stichwortartigen Behandlung seines Inhalts erübrigt sich ein gründliches Studium des Berichts natürlich keineswegs. Wir wollen im Gegenteil dazu jeden Kollegen anregen, der sich mit seiner Berufsorganisation innerlich verbunden fühlt. Hüte euch vor Kleinmut! Dank der Disziplin, der Opferwilligkeit und der Überzeugungstreue unserer Mitglieder hat die gegenwärtige Wirkungskraft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker keine Einbuße erfahren, sein Finanzgebaren hält jeder Kritik stand. Gewiß gab es auch unter den Einwirkungen der schwersten aller bisherigen Wirtschaftskrisen organisatorische Rückschläge und tarifliche Einbußungen. Aber deshalb sollte kein Verbandskollege den Glauben an die siegreiche Kraft unserer erprobten Gewerkschaft verlieren. In diesem Sinne sind auch die Schlusssätze des Jahresberichts des Verbandsvorstandes gehalten: „In dem vorliegenden Bericht spiegelt sich das ganze schwere Ringen der Organisation mit den außerordentlichen Notständen der Zeit, die nicht irgendwelchen Organen oder leitenden Personen zur Last zu legen sind, sondern ihre Ursachen allein in einem nie dagewesenen Krisenzustand der kapitalistischen Wirtschaftsform haben. In den harten Talsachen der Wirklichkeit mußte mancher Wunsch und manche Hoffnung scheitern. Aber auch angestrebte der Rückschläge, die abgewendet außerhalb unseres Machtbereichs ständ; soll uns nicht Kleinmut und Verzweiflung besallen. Im Gegenteil gilt es heute mehr denn je, noch enger aneinanderzurücken, um allen etwa noch kommenden Stürmen standzuhalten. Möge deshalb auch das Studium des vorliegenden Berichts, der u. a. ein erhebendes Bild des Gemeinns und der solidarischen Selbsthilfe für die so zahlreich Opfer der Krise bietet, dazu beitragen, die innere Verbundenheit aller Glieder der Organisation stark zu erhalten, damit nach der trüben Periode des Stillstands auch dem Aufstieg wieder die Bahn bereitet werden kann!“

ruft er ihnen zu: „Artgleiche Künstler, veräümt den Anschluß nicht!“

Nach dieser Beleuchtung der künstlerischen Qualitäten der Malerzeitler hält er ihnen einen Spiegel vor, in dem sie ihr erbärmliches Ich, die wahren Motive ihres Handelns erkennen. Nicht Dienst an der Kunst, nicht Dienst an der Kultur ist ihre Malertheorie. Sie ist nur die erbärmliche Waffe, vermittels derer sie glauben, aus dem Schatten der sie überragenden wirklichen Künstler herauszukommen. „Es ist der altbewährte Selbstschuß deutscher Mittelmaßigkeit, jeden über den Durchschnitt Hervorragenden unschädlich zu machen, indem man ihn für einen Juden erklärt. Er scheidet damit aus dem Kreis derer aus, mit deren Leistungen man die eignen vergleichen könnte, und das bedrohte Selbstbewußtsein ist wieder gerettet.“

Den gleichen Maßstab, den der Verfasser an die antisemitische Hege gegen die moderne Kunst angelegt hat, legt er auch in seinem zweiten Kapitel, die politische Hege gegen das neue Bauen, an. Auch hier züchtigt er die Mittelmaßigen, indem er von ihnen sagt: „Non jehor haben Geister zweiten Ranges vor den Wagen ihres Erfolges, den die Lendenstärkheit ihres Genius allein nicht zu ziehen vermöchte, den Patriotismus einzuspannen versucht, und Geister dritten Ranges dazu noch den Lokalpatriotismus. Sie haben sich nie gekümmert, begabtere Zeitgenossen, deren Genie sich in der ganzen Welt Bürgerrecht erworben hat, als weniger vaterländisch anzusehen. Sie sind daran schuld, daß heute jede Kunst verdächtigt ist, die sich als national ausgiebt. Wer zum Schuß der heimischen Kunst die Grenzen schließen will, hüffe damit nicht den guten Künstlern, sondern den schlechten, nicht den starken Künstlern, sondern den schwachen. Die heimische Kunst würde dadurch nicht besser, sondern schlechter werden.“ Das sind Wahrheiten, die neben den schaffenden Künstlern auch manche andre Kreise unseres Volkes oft genug empfunden haben. Wehe, wer unter dem Absolutismus hochzollernsüchtiger Regierungsweisheit gewagt hätte,

eine andre Meinung zu haben. Ihn traf unbarmerzig der Bannstrahl der Vaterlandslosigkeit. Nicht der war ein guter Deutscher, der aus Dienst am Vaterland Kritik übte, sondern der Trottel und ohne Charakter geborene Spießbürger, der vor jedem Potentaten auf dem Bauch rutschte und in Ehrfurcht erstarb. Internationales Denken und Schaffen sowohl des Arbeiters wie des Künstlers ist bis auf den heutigen Tag verpönt. Das Recht, das man jedem Tennis- oder Fußballklub gewährt, nämlich daß er im internationalen Wettbewerb seine Leistungen zu steigern und die Anerkennung mit dem deutschen Namen zu verbinden sucht, das Recht ist der Arbeiterschaft und der Kunst verwehrt. Gewiß, Tennis- und Fußballsport sind Spiele, die das Volk zufriedenstellen, wenn man ihm nach dem Ausspruch eines nationalsozialistischen Zeitgenossen dazu noch ein Stück Brot gibt. Die Kunst und die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft könnten am Ende aufführend und revolutionierend wirken. Das wäre zwar für ein Volk nicht von Nachteil, weil aber für die jeweils herrschenden Schichten, deren Macht sich ja nur so lange halten kann, als das Volk nichts weiter als Brot und Spiele verlangt.

Die Kunst und der Geist verlangen aber nach internationaler Betätigung. Mit Recht sagt der Verfasser unter Hinweis auf die Baukunst, daß jede geistige Selbstverjüngung und Absonderung von andern Völkern schon den freien Künstlern gefährlich ist, in der Baukunst wäre sie ein nationales Unglück. Er weist darauf hin, daß Deutschland alle europäischen Kunststile immer erst ein oder zwei Menschenalter später aus Italien oder Frankreich übernommen hat. Dabei ist damit keineswegs bewiesen, daß der Deutsche weniger begabt gewesen wäre als der Romane. Jeder Versuch, bewußt vaterländische Kunst zu machen, hat zu einem Provinzialismus geführt, über den die Zeit immer bald hinweggegangen ist. Er erinnert an die Gotik, gegen die sich Deutschland so lange gekräubt hat, und die es vielleicht darum heute noch nicht ganz los ist;

oder an die leidenschaftliche Polittisierung des so lange unpolitisch gebliebenen deutschen Bürgers; oder an den langen Widerstand Rußlands gegen die Ratto des Westens, der es heute um so mehr verfallen ist.

Die neue Baukunst wird als volkschädlich verdächtigt. Das paßt ganz in den Rahmen der vorher gemachten Ausführungen über die Kunst. Man gibt sich den Anschein, als wüßte man nicht, daß die neue Bauweise erst aus dem Westen, durch Holländer, Schweizer und Deutsche nach Rußland gekommen ist, und daß man sie dort „deutscher Stil“ nennt. Und wenn von Gegnern der neuen Baukunst gesagt wird, das neue Bauen vernichte die Sehnsucht nach der großen Gesundheit und erzeuge die Sehnsucht nach der großen Krankheit, so ist das eine Entstellung; die durch das Urteil derer, die den Segen der neuen Baukunst an sich selbst empfinden haben, liegen gestraft wird. Der Verfasser hat schon recht, wenn er erklärt, daß der Antimarkasmus wie der Antisemitismus ein Angstzustand sei, den man vielleicht mit Baldriantröpfchen, aber nicht mit Vernunftgründen mildern kann. Aber die Zuneigung junger Künstler zur neuen Baukunst lag er allgemein sehr zutreffend: „Zugendliches Denken bewegt sich von jeher gern in einem falschen Radikalismus; er vermag nur grobe Richtungsunterschiede zu sehen und entscheidet sich dann für eine extreme Richtung oder für die andre. Erst von einer höheren Stufe des Denkens aus sieht man durch dieser Entweder-Oder hindurch und überseht Richtungs-zusammenhänge. Es wäre im Gegenteil erstaunlich, wenn die entchiedensten Parteigänger einer so großen Bewegung wie der des Neuen Bauens nicht unter dieser radikalen Jugend zu finden wären, und wenn diese Jugend ihre politischen Meinungen nicht mit ihren künstlerischen Anschauungen zu verbinden suchte.“ Der Verfasser bestreitet nicht, daß der Kommunismus und Sowjetrußland die neue Baukunst, wie alles, was zukunftsreich ist, als Propagandamittel für seine politischen Zwecke zu benutzen sucht. Wenn Rußland neben andern viele deutsche Ver-

Stellungnahme des Bundesauschusses des DGB, zur Situation

Am 21. Juli trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Rundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preussische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbefohlene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willensrundelegung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs ist noch nicht bekannt. (Siehe „Kleine politische Zeitnotizen“ in dieser Nummer. Schriftl.) Bei der Lagerung der Nachverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierung und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesauschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Sieg in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Ärmsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen

Arbeiterbewegung um ein freies und demokratisches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Vorbereitung der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Verjüngung der Entrenchung von Woche zu Woche zu steigern.

Rundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterschaft

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt; daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet; daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angegeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Sieg zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisst, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!



Gewerkschaften und Reichstagswahlen

In der Geschichte des deutschen Volkes hat es wohl noch keine so wichtige, für die zukünftige staats- und wirtschaftspolitische Gestaltung Deutschlands so ausschlaggebende politische Entscheidung gegeben, wie sie am 31. Juli zu treffen ist. Der deutsche Staatsbürger hat am 31. Juli sich zu entscheiden zwischen Demokratie oder Diktatur, zwischen der Erhaltung seines Staatsbürgerrechts oder der Aufhebung seiner persönlichen Freiheit.

Den Gewerkschaften gab der Staat der Vorkriegszeit keine Gelegenheit zu staatspolitischer Betätigung. Ihre Aufgabenbereich beschränkte sich fast ausschließlich auf die Regelung der Arbeitsbedingungen im Arbeitsverhältnis, auf den Kampf mit dem Unternehmertum. Den politischen Herrschenden von damals erschien der Wille der Arbeitermassen nicht nur Objekt, sondern mitbestimmendes Subjekt in der Staats- und Wirtschaftspolitik zu sein, als eine unerwünschte Annahme. Solcher Geist wilhelminischer Zeitgeiste, in der dem Arbeiter von den politischen Machthabern sozialpolitische Zugeständnisse nur deshalb gemacht wurden, um ihn von den Verlangen nach staatspolitischer Gestaltung und Mitbestimmung und organisatorischer Machtenthaltung abdrängen zu können, ist im Aufsteigen begriffen. Diesem Geist, den reaktionären Bestrebungen in der Richtung staatspolitischer Entrenchung und wirtschaftspolitischer Knebelung der Arbeiterschaft gilt es durch die Entscheidung am 31. Juli, durch das Befestigen zur Demokratie einen unüberbrückbaren Damm entgegenzusetzen.

Die Entwicklungsperiode nach Kriegsende hat den Gewerkschaftler mit aller Eindringlichkeit hingewiesen, daß der gewerkschaftspolitische Machtkampf in seinem Ergebnis von dem Vorhandensein einer demokratischen Staatsverfassung entscheidend beeinflusst wird. Denn in der Nachkriegszeit vollzog sich arbeitsrechtlich der Übergang vom individuellen Arbeitsvertragsrecht zur kollektiven Arbeitsverfassung. Und mit dieser Rechtsentwicklung ist der Staatsmacht eine für den Kollektivvertrag ausschlaggebende rechtsgestaltende Machtposition erwachsen. Die staatlichen Organe können nicht nur an die Stelle fehlenden Tarifwillens den Zwang setzen, sie sind auch befugt, den Staatswillen dort einzufügen, wo über einzelne Positionen des Tarifvertrages mangelnde Werksfähigkeitsbereitschaft vorliegt. Und so ist die Staatsmacht heute zu einem im Kollektivvertrag entscheidenden rechtsgestaltenden Faktor und damit auch für die im Einzelarbeitsvertrag wichtigsten Bedingungen, z. B. über Lohnhöhe, Urlaubsdauer und Entschädigungshöhe oder die Dauer der Arbeitszeit geworden.

Der Einfluß der Staatsmacht auf die im Arbeitsvertrag geltenden Bedingungen beschränkt sich aber nicht nur auf die direkte rechtsgestaltende Einwirkung im Kollektivvertrag, vielmehr wirkt die staatliche Einflüßnahme auf die Arbeitsbedingungen „nach rückwärts“ aus den jeweiligen Richtungen staatslicher Sozial- und Wirtschaftspolitik. Zum Beispiel lösen die fortgesetzten Senkungen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, die Kürzung ihrer Bezugsdauer und die Herabsetzung der Sozialversicherungsbezüge nicht nur kaufkraftmindernde Wirkungen und damit den Arbeitsmarkt belastende Tendenzen aus, sondern es treten auch Rückwirkungen auf die geltenden Arbeitsbedingungen ein, weil daraus die Nachfrage nach Arbeitsgelegenheit steigt und die Bereitwilligkeit zu unregelmäßigen Arbeitsbedingungen, auch schwarz zu arbeiten, größer wird. Zu den gleichen nachteiligen Rückwirkungen auf die im Arbeitsvertrag geltenden Bedingungen führt auch die bisher mangelnde staatspolitische Bereitschaft, zur Entlastung des Arbeitsmarktes wirksame Mittel einzusetzen, wie z. B. die

treter des neuen Bauens ins Land gerufen hat, dann ist das kein Beweis für den „Bau-Vollkommens“, sondern dafür, welchen Rang die neue deutsche Baukunst in der Welt einnimmt. Der Siegeszug der neuen Baukunst wird durch Angriffe so über Art nicht aufgehalten. „Das neue Bauen ist der architektonische Ausdruck eines neuen Zeitalters, zum mindesten einer Zeitwende, die zu einer neuen Zeit überleitet. Wenn die Gegner behaupten, das neue Bauen sei kollektivistisch und materialistisch, so sei an den nachfolgenden Ausführungen gezeigt, welche Bedeutung dem Individualismus und dem Kollektivismus zukomme.“

Der Kollektivismus, der in der Zusammenfassung und der Unterordnung des einzelnen unter das große Ganze seinen Ausdruck findet, ist kein neuer Begriff. Diejenigen, die ihm heute feindselig gegenüberstehen, weil er auch eine Zusammenfassung der arbeitenden Massen in sich schließt, weil er zu einer Kollektivierung unseres Denkens und unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens geführt hat, mögen daran erinnern, daß der Kollektivismus bereits die Zünfte des Mittelalters und das ganze damalige gesellschaftliche Leben beherrschte. „Fast alle Gesetze der staatlichen Sozialpolitik unserer Zeit waren in den alten Handwerksordnungen schon im Keim vorhanden. Es gab ein kollektives Arbeitsrecht, eine kollektive Festsetzung des Lohns, eine Verpflichtung zur rechtzeitigen Lohnzahlung. Es gab Ordnungen über den Vertragsbruch, über Arbeitszeit und Nacharbeit; es gab sogar schon ein Schlichtungswesen und andres. Diese alte Ordnung zerbrach gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Aber die laut bejubelte Freiheit des dritten Standes führte nicht zu der erhofften Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sondern führte zur Entartung großer Teile des Bürgertums. Es entstanden zwei einander bekämpfende Klassen. Der skrankenlose Individualismus, der nun aufkam, fand in dem Zerbrechen des liberalen Manuskriptums Ausdruck,

daß es dem Ganzen um so besser ginge, je mehr der einzelne an sich raffe; und zugleich entstand sein Zwillingenbruder, das Proletariat.“

Sehen wir aus dieser Darstellung der geschichtlichen Entwicklung, daß das Proletariat nicht im Geiste eines Denkers entstanden war, sondern aus dem von dem Unternehmertum vertretenen Individualismus geboren wurde, so erkennen wir daraus zugleich die abgrundtiefe Heuchelei unseres heutigen Unternehmertums, das den Gewerkschaften immer wieder den Vorwurf macht, das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerstört zu haben. In einer Fülle von Beweisen weist der Verfasser aus englischen Parlamentsberichten nach, wie die Arbeiterschaft, und besonders die Jugend, von den damaligen Vertretern des Individualismus getreten und gehunden und dadurch zur kollektiven Abwehr gezwungen wurde. Die Ausbeutung ging so weit, daß Preußen seine Sozialpolitik auf Verlangen seines Kriegsministers begann, der unter der Industriebewölkerung einfach keinen militärtauglichen jungen Mann mehr fand. Daran die blindwütigen Gegner der heutigen Sozialpolitik zu erinnern, ist vielleicht ein zeitgeschichtliches Verdienst. Sie haben alles vergessen und sind nur noch von einem unheilvollen Größenwahn beherrscht.

Erst die Technik und die Industrialisierung haben neben zwar manchen nachteiligen Erscheinungen einen Umschwung der Verhältnisse bewirkt. Aber auch damit haben die Unternehmer in so weitgehendem Maße Schindluder getrieben, daß wir auch heute wieder an der Schwelle einer neuen Zeit stehen, an deren Überschreiten das Proletariat keine Machtmittel hindern werden. Wir stehen vor einer wirtschaftsgeschichtlichen Wende, die selbst von einsichtigen Unternehmern nicht bestritten wird. So macht ein Wirtschaftsführer schon in einer vor Jahresfrist erschienenen Denkschrift folgendes Eingeständnis: „Auch wenn die am Boden liegende Wirtschaft sich durch ein Zu-

sammenwirken günstiger Umstände noch einmal erheben sollte, so kann dadurch die Entscheidung über ihre gegenwärtige und zukünftige Form nur kurze Zeit vertagt werden. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Stunde der Entscheidung schon gekommen ist.“ Und wenn es weiter in der Denkschrift heißt, daß die Wirtschaft in skrankenlosem individualistischem Wettbewerb keine Rücksichten kennt, so kann doch der Kollektivismus nicht so schlecht sein, wie er immer hinzustellen beliebt wird. „An einer geordneten Wirtschaft sind nicht nur alle interessiert, die in der Anarchie unserer Wirtschaft ihr Brot nicht mehr finden. Das Fortbestehen der menschlichen, also auch der deutschen Kultur ist heute vom Chaos bedroht; man kämpfe in einer solchen Zeit nicht mit Schlagworten. Wenn sich die Jugend heute zum Kollektivismus bekennt, meint sie damit das Gegenteil vom Chaos, also Kosmos, Ordnung.“

Das hochinteressante und aktuelle Buch Renners, das jeder, der in der Zeitgeschichte mitwirken will, lesen sollte, schließt mit einem Kapitel „Humanismus oder Materialismus“. Es nimmt von diesen Begriffen aus noch einmal Stellung zum neuen Bauen. Und dieses Kapitel schließt mit der aufreißenden Mahnung an alle, denen deutsche Kunst und deutsche Kultur am Herzen liegen: „Wem es um die deutsche Kunst zu tun ist, schließe sie deshalb vor nationalistischen Blinden, die mit Schlagworten und Schlagringen für sie kämpfen wollen. Sie geben vor, für die deutsche Kultur zu kämpfen, und sind doch jeden Augenblick bereit, die Voraussetzung und Lebensbedingung jeder Kultur: die Freiheit des Geistes, an den Faschismus zu verraten! Horcht auf die Grabesstimme, die dort herrscht, wo man mit der Freiheit Eindringender getrieben hat! Gibt es da noch freie Künste? Gibt es da noch Dichtung und freie Wissenschaft? Möge unser Volk, möge endlich auch die Jugend erkennen, von welcher Seite heute die deutsche Kultur bedroht ist.“

von den Gewerkschaften schon seit langem geforderte allgemeine Kürzung der Arbeitsdauer. Und ebenso drückend auf die Arbeitsvertragsbedingungen wirken sich die sozialpolitischen Maßnahmen aus, die angeblich dem Schutz heimischer Erzeugung dienen sollen, in Wirklichkeit aber staatlicher Interessenspolitik für kleine Machtsgruppen sind. Der Umfang des Einflusses der Arbeiterkraft auf die Staatsmacht besteht mithin auf die Gestaltung kollektiven Vertragsrechts ausschlaggebende Bedeutung. Ziel der mit Hitler verbundenen Reaktionäre ist, den jetzt bestehenden, nicht ohne Schuld der Arbeiterkraft selbst viel zu geringen staatspolitischen Einfluß gänzlich zu beseitigen. Denn gerade die Ereignisse der letzten Zeit zeigen mit aller Deutlichkeit, wohin der Weg mit Hilfe der Nationalsozialisten unter dem Ruf gegen das System „des Wohlfahrtsstaates“ führen soll. Auf der einen Seite Zerlegung sozialpolitischer Einrichtungen, siehe Arbeitslosenversicherung; brutaler Abbau aller aus der Sozialversicherung stehenden Unterstützungszweige — nach der Seite der bestehenden Klasse aber Gewährung staatlicher Subventionen im Überflusse. Statt der geforderten gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung, statt Arbeitsbeschaffung mit staatlicher Hilfe — Arbeitsdienstpflcht und der Ruf nach Verlängerung der Arbeitsdauer, angeblich um billiger produzieren zu können. Und darüber hinaus „fordern die Nationalsozialisten“ Zerlegung des bestehenden verfassungsmäßig und gesetzlich gewährtesten Tarifvertragsrechts. Ausgestaltung der Mitwirkung der Arbeiterkraft an der Festlegung ihrer Bedingungen im Arbeitsvertrag. Verbot ihres verfassungsmäßig gewährtesten Streikrechts im Kampf um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Die Erfüllung dieser in der Richtung des Wollens der Junkerbarone und der Industriekapitäne liegenden Pläne der Hitler und seiner Gefolgschaft sind der Preis für ihre Begabung als Werkzeuge dieser Reaktionäre. Daß solche finsternen Pläne völliger Rechtslosigkeit der Arbeiterkraft sowohl auf politischem als auch dem Gebiet des Arbeitsrechts im Dritten Reich Verwirklichung finden sollen, dafür als Beweis einige Äußerungen von maßgebender nationalsozialistischer Seite. So heißt es in einem von der Reichsführerschule der Nationalsozialisten unter der Diennummer 969/31 an die SA-Führer zur Schulung herausgegebenen Vortrag über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im „Dritten Reich“: „Die grundsätzlichen Anordnungen werden auf dem Gesetzesweg vom Staat erlassen, die Einzelheiten über Urlaub, Lohn usw. werden hier festgelegt. Grundgedanke: Keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Ausperrung und Streik werden nicht geduldet. Die Arbeitslosenversicherung wird nicht auf dem Weg der heutigen Gesetzgebung ausgeführt. Die Einsparungen hierfür erfolgen auf ein persönliches Konto. Dies steht dem einzelnen zur Verfügung bei Krankheit, bei Niederkunft der Frau, bei Anfechtung.“ Und weiter schrieb das Düsseldorf'sche Naziblatt „Die Volkspartei“: „Die Frage: Tarifverträge im Dritten Reich dürfte also insofern beantwortet sein, als wir die Tarifverträge als schädliches Produkt einer nicht im Interesse der Volksgemeinschaft liegenden Zweipartigkeit grundsätzlich ablehnen... Für Löhne und Gehälter wird nur ein einziger Tarif festgelegt, der das Existenzminimum bezeichnet. Dieses Existenzminimum ist so niedrig festzusetzen, daß hierüber ein möglichst großer Raum für die Entwicklung des Leistungslohns zur Verfügung steht.“

Es geht daher bei den Reichstagswahlen am 31. Juli um die Entscheidung, ob die finsternen Pläne der Kultur- und Sozialreaktion von Hitler und seinen Auftraggebern, den Junkerbaronen und den Industriekapitänen, verwirklicht werden können, oder ob sie endgültig abgeschlagen werden sollen. Die Grundlage aufstrebenden gewerkschaftspolitischen Wirtens ist nur auf dem Fundament einer demokratischen Staatsverfassung gewährleistet. Deshalb auch am 31. Juli jede Stimme dem Abwehrblock für alle Sozialreaktion, der Liste 1.

Ausblick in Hitlers Reich!

Wie Hitler, vielmehr seine Lohn- und Auftraggeber, sich das vielgepreisene „Dritte Reich“ vorstellen, befindet in nicht zu übersehender Offenheit ein Aufsatz in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“, Monatschrift für nationalsozialistische Weltanschauung. Der Aufsatz behandelt den Ausweg aus der Krise im Dritten Reich; an einer Stelle des nationalsozialistischen Geschreibselns heißt es wörtlich: „Der Ausweg — wenn es einen solchen noch gibt — ist jedem Einsichtigen klar: Er heißt nämlich: Opfer, Sparen, Aukern und Großhungen; Rückkehr zu den besten Eigenschaften des Preußentums, Vaterlandsliebe, Volksgemeinschaft, fanatischer Starrsinn. Vor uns liegt der Weg: Senkung des Volkseinkommens (des Lohns und Gehaltseinkommens) — Einschränkung der Lebenshaltung — Drosselung der Einfuhr. Noch ist es Zeit, freiwillig mit den kleinen Herbern, die wir besitzen, diesen Weg zu gehen.“

Als genau seinen Anweisungen von den Junkern und Schlotbaronen ist Hitlers Ausweg aus der Krise die seit Jahren oft erklangene Mahnung an das Volk zum Opfer, Sparen, Großhungen, zur Einschränkung der Lebenshaltung. Eine Mahnung, die sich selbstverständlich nur an das werktätige Volk und die aus der unteren Schichten entstammenden nationalsozialistischen Mitläufer richtet. Denn weder er selbst noch sein persönlicher Anhang sind zu sparen gewöhnt, seitdem die Mittel aus der Parteianhängerschaft und vor allem von der Großindustrie ihnen so reichlich zufließen.

Hitlers Mahnung zur Einschränkung der Lebenshaltung, zum Großhungen, richtet sich also nur an das werktätige Volk trotz gefentter Lohn- und Gehaltseinkommen, die zu mehr als 70 Proz. kaum noch die Unterhaltungsätze der Wohlhabner erreichen und teils sogar unter diesen Sätzen liegen, trotz einer maßlos gesteigerten steuerlichen direkten und indirekten Belastung, insbesondere der werktätigen Volksschichten, trotz einer seit Jahren wachsenden Arbeitslosigkeit und trotz fortgesetzten Abbaues der Unterhaltungsätze auf ein Maß, was schon lange das physiologische Existenzminimum unterschritten hat, und trotzdem, daß fast in jeder Familie das an sich schon geringe Arbeitseinkommen durch Beihilfen an arbeitslose Familienmitglieder gespickert wird.

Trotz all dieser Tatsachen sieht ein Hitler bzw. seine Auftraggeber den Ausweg nur in einem weiteren Zurückdrängen der Lebenshaltung, was gleichbedeutend ist mit weiterer Schwächung der Kaufkraft und ihren Folgeerscheinungen: Sinken der Beschäftigtenziffer, Anwachsen der Erwerbslosigkeit. Ungeachtet der ungeheuer gedrückten Notlage in den Haushaltungen der Lohn- und Gehaltsempfänger gibt es nichts Brutaleres als eine solche Mahnung. Zugleich entkühlt sie aber auch das wahre Gesicht der Inspiratoren der nationalsozialistischen Bewegung.

Hitler will in seinem angedeuteten Ausweg aus der Krise noch mehr. Er will für Deutschland die Rückkehr zu den „besten“ Eigenschaften des Preußentums. Daß damit die Rückkehr zu dem Preußen gemeint ist, das seinen Auftraggebern, den Junkern und Schlotbaronen, vorzuziehen ist, ist selbstverständlich, denn um diesen Preis haben sich diese Herrschaften die nationalsozialistische Bewegung doch geschaffen. Mithin Rückkehr zum altpreussischen Dringelkutsch mit der Vorkherrschaft der Junker — völlige politische Entrechtung der Volksmassen. Rückkehr zu dem Preußen militärischen Geistes aus in der zivilen Verwaltung, Abbau aller kulturellen Aufgaben auf ein dem preussischen Junkertum genehmes Maß.

Im Dritten Reich Hitlers soll daher in jeder Beziehung unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Grundgedanke wieder Geltung erhalten — wer knecht ist, der bleibe Knecht! — Das sind für die werktätige Bevölkerung die Aussichten, die Hitlers „Ausweg“ aus der Krise weist. Rückfall in die Zeit völliger politischer Entrechtung, kulturelle Abriistung, wirtschaftliche und geistige Verklauung. Wer das nicht will, der entscheide sich am 31. Juli für die Liste 1.

Auf zum Kampf!

Reicht die harte Faust empor!
Lasset euch nicht länger knechten!
Greift an und stirmt vor!
Für die Freiheit müßt ihr festhalten!
Dreimal wird der Heilige Schaf
Gott erlösen, die Hand nicht rücken!
Dreimal wird der Einheit Kraft
Jedes Hakenkreuz vernichten!
Freiheit! Ist das Sturmgewöl!
Brüder! Es soll vorwärtsgehen!
Lacht der Feinden leuchtend Rot
Über allen Köpfen wehen!
Disziplin! Aktivität!
Stolz die Freiheitspfeile künden!
Keiner seine Pflicht verzät!
Einigkeit soll uns verbinden!

Ans gehört der freie Staat!
Wir nur haben ihn geschaffen!
Hakenkreuz ist Volksverrat!
Haj und Mord sind seine Waffen!
Schwingt der Wahrheit Flammenspeil
Mutig über alle Schranken!
Frei! Hinetn den starken Keil,
Daß der Rüge Mauern wanken!

Schwelmer! Brüder! Hoß den Bisk!
Unre Stunde hat geschlagen!
Für der Arbeit Republik
Wollen wir den Endkampf wagen!
Greift nun an und stirmt vor!
Lacht das Freiheitsbanner wehen!
Reicht die harte Faust empor:
Freies Volk! Du sollst bestehen!

Broder Bahnsen.

Korrespondenzen

München. (Ortsverein.) Die außerordentliche Generalversammlung am 1. Juli hörte nach der üblichen Eröffnung von vier vorberobenen Kollegen und Erledigung mehrerer Aufnahmeangelegenheiten einen interessanten Vortrag des Mitglieds des Verbandsvorstandes, Kollegen Bruno Altmann, über das Thema „Unser Verband in der Krisenzeit“. Der Vortrag skizzierte die Entwicklung und das Emporkommen der Gewerkschaften, die gegenwärtigen Methoden der Bekämpfung der Gewerkschaften durch das Unternehmertum, aber auch durch einzelne Richtungen in der Arbeiterkraft selbst, und behandelte dann besonders ausführlich die Schlichtungsordnung unter besonderer Betonung mancher Vorteile, die so verschiedene Berufswege, darunter auch bei gewissen Tarifbewegungen hin Buchdrucker, seit deren Bestehen zu verzeichnen hatten. Bei der Schilderung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes und die dadurch bedingten Maßnahmen im Beitrags- und Unterhaltungsweisen kam der Redner auch auf die immer wieder eroborene Forderung der Anwendung von Kampfmaßnahmen zu sprechen, denen bei Beachtung der gegebenen Verhältnisse und der Verantwortung der leitenden Personen nicht stattgegeben werden konnte. Gerade diese Forderungen müßten bewirken, daß sich die Arbeiterkraft immer enger zusammenfächte und dadurch für solche Kampfmaßnahmen erlärte. An der Aussprache beteiligten sich zwei Kollegen, die bemerkten, daß doch bei

manchen Fragen von den leitenden Gewerkschaftskreisen eine andre Stellung hätte eingenommen werden können. Im zweiten Teil der Versammlung wurden die Anträge der am 6. Mai eingeleiteten Kommission zur Beitragsregelung, zu den Zuschüssen für Arbeitslose, Invaliden und Reisende, zur Entschädigung des Ausschusses und der Sitzungsgelder, zur Entschädigung der Druckerstellfasser und zum Antrag Bonger teils gegen wenige Stimmen angenommen, teils ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen. Einige Anregungen der Kommission zwecks Einsparungen bei Zuwendungen an Vereine wurden abgelehnt. Nach einstimmiger Annahme einer Entschließung gegen die ansehend geplante Anrechnung der Verbandsunterstützung auf die Arbeitslosenfürsorge, wobei bemerkt wurde, daß auch ähnliche Entschuldigungen vom Verbandsvorstand und vom DGB, an die in Frage kommenden Stellen geleitet wurden, und dem Beschluß, daß der Gautag auf nächstes Jahr verlegt werden soll, fand die Versammlung nach anseuernden Worten des Kollegen Ebert für die Entschuldigungen in den kommenden Tagen und Wochen mit dem begeistert aufgenommenen Ruf: „Freiheit!“ ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Detmold (Lippe) haben die Gelehrten Gustav Schmidt und Ernst Dröge aus Schömmat die Meisterprüfung bestanden. — Vor der Hildesheimer Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe haben die Kollegen Theodor Jern und Eugen Vetterle die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden.

Zeitungsverbote. Die letzten Tage haben besonders in Preußen eine Zeitungsverbotspraxis erkennen lassen, von der die Presse übereinstimmend feststellt, daß sie in der Geschichte kein Vorbild hat. Die „Nöte Fahne“, deren Druck durch politische Besetzung des Betriebes unterbunden wurde, ist nach einmaligem Erscheinen auf fünf Tage verboten worden. Im Zusammenhang damit ist die „Arbeiter-Zukunft-Zeitung“ vom 10. Juli auf Ersuchen des Befehlshabers für Berlin und Brandenburg an das Polizeipräsidium beschlagnahmt worden, da mit ihr Flugblätter verteilt werden sein sollen, die zum Generalstreik auffordern. — Das „Aktuelle Abendblatt“ ist vom Befehlshaber für Berlin und Brandenburg auf vier Tage verboten worden. Das Blatt hatte eine Karikatur gezeichnet, auf der eine Frau an einer Speisetafel einen mit den Zügen Papens angedeuteten Herrn fragt: „Was habt ihr denn heute für eine Notverordnung beschloffen?“ Verlag und Schriftleitung des Blattes teilen zu dem ausgesprochenen Verbot mit: „In der offiziellen Erklärung des Weichsichen Telegraphenbüros zu dem Verbot heißt es, daß die Gründe für das Verbot in einer Karikatur liegen, die den Reichstanzler an einer besetzten Tafel darstellt, Wein trinkt und dabei Notverordnungen herausgibt.“ Demgegenüber wird festgehalten: Die Zeichnung, die zu dem Verbot Anlaß gab, stellt lediglich eine Familienzene im Hause von Papen dar. Herr und Frau von Papen sind am Abendbrottisch, wobei Frau von Papen ihren essenden Gatten mit den Worten anspricht: „Was habt ihr denn heute für ne Notverordnung beschloffen?“ Damit war keineswegs eine Verächtlichmachung des Herrn Reichstanzlers beabsichtigt. Es sollte lediglich ein harmloses Gespräch, wie es nach den Tagesgesprächen zwischen Eheleuten üblich ist, im Zusammenhang mit dem umgebenden Artikel illustriert werden.“ — In Dresden sind die letzten beiden Nummern der „Arbeiterstimme“ wegen Aufforderung zum Hochverrat auf Antrag des Polizeipräsidiums gerichtlich beschlagnahmt worden. Infolge dessen hat das Polizeipräsidium auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik ein Verbot der „Arbeiterstimme“ bis einschließlich 31. Juli d. J. ausgesprochen. — Die Berliner Volkszeitung ist auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand verboten worden. Das Verbot wurde ausgesprochen wegen eines Leitartikels „Herrn und Katen“. Der Artikel läßt an der Reichsregierung keine Kritik. Er beschäftigt sich lediglich mit Erinnerungen an die militärische Herrschaft während der Kriegszeit, bringt darüber einige charakteristische Aussprüche, im übrigen geht die Gesamtenbung ausschließlich gegen Hitler. Das Verbot läuft fünf Tage.

Grammophonplatte der Eisernen Front. Wie aus dem Anzeigenteil dieser Nummer ersichtlich, ist im Verlage des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes eine beiderseitig bespielte Grammophonplatte der Eisernen Front erschienen. Sie enthält den „Freiheitsmarsch“, den „Rotgardistenmarsch“ und die „Internationale“. Preis 1,50 M. Niederlegte (Wortlaut mit Melodie) je 5 Pf. Der Reinerlös ist für die Opfer des Abwehrkampfes gegen die Nazis bestimmt. Platte und Texte sind zu beziehen durch den Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreieckstraße 5.

Zunmer wieder Magistern auf Gewerkschaftshaus. Obwohl die Nazis ihre Abneigung gegen die Gewerkschaften gar nicht mehr nachzuweisen brauchen, überfallen sie immer wieder Gewerkschaftshäuser, zerstören deren Einrichtungen und schießen vor Mord und Totschlag nicht zurück. Der letzte Überfall auf eines unserer Gewerkschaftshäuser erfolgte am Freitag voriger Woche in Buznang. Etwa 400 S. Leute, die auf Lastkraftwagen von einer Versammlung in Ueglich heimkehrten, bei der Hitler persönlich gesprochen hatte, überfielen bei der Durchfahrt durch Buznang das Volkshaus. Auf einen Signalfiff sprangen die S. M. Männer von den Wagen und versuchten, durch zwei Türen einzudringen. Der vor dem Volkshaus postierte Reichsbannermann Schreiber wurde von den Nationalsozialisten erschossen. Sofort entwickelte sich ein heftiger Kampf, da das Volkshaus von Reichsbannerleuten und Hammerhaften besetzt war. Es gelang einem Trupp aufstrebender Nationalsozialisten, die durch weiteren Zugang inzwischen auf 800 Mann vergrößert worden waren, in das Haus innere vorzudringen. Bei der Gelegenheit fielen etwa zwanzig Schiffe. Die Eindringlinge wurden durch die Wache im Jur zurückgeschlagen, wobei unsere Werteidiger auf Stuhlweine und sonstige Möbelstücke in der Wache angefallen waren. Zu gleicher Zeit wurde versucht, auch aus der Planke den Angriff auf das Haus fortzusetzen. Durch einen zweiten Eingang versuchte ein anderer Trupp einzudringen, wurde aber auch dort bald zurückgeschlagen.

Die Zahl der Verletzten ließ sich nicht feststellen, sie dürfte aber außer dem Toten dreißig Schwer- und Leichtverletzte betragen. Die Nationalsozialisten gingen mit Beilen, Schlagringen, Totschlägen, Stacheltreuen, Gummitüppeln, schweren Faustklingen, die mitgebracht wurden, und großen Steinen, die ebenfalls auf den Landstrafen gesammelt und mitgebracht wurden, gegen das Volkshaus vor. Der Sachschaden ist angesichts der entschlossenen Verteidigung unserer Genossen nicht sehr erheblich. Es sind etwa 20 Fenster-scheiben zertrümmert worden und zwei Dutzend Stühle, die als Waffen gebraucht wurden, zerstört. Der Kampf dauerte nicht länger als 20 Minuten. Die Erbitterung in der Bunzlauer Arbeiterstraße ist ungeheuer, zumal das Opfer ein alter treuer Kämpfer gewesen ist.

Berliner Vorschläge für das Braune Haus. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Geheimschreiben, das die Berliner Gauleitung der Nationalsozialisten an die Münchener Zentrale gerichtet hat. Es handelt sich um ein Schriftstück, das den sozialreaktionären Kurs der Nationalsozialisten scharf beleuchtet. Die Löhne und Gehälter sollen auf den Stand vom Jahre 1900 zurückgeführt und das Recht auf Arbeitslosenunterstützung beseitigt werden. Im Falle unverschuldeter Erwerbslosigkeit und Inaktivität soll von der Gemeinde eine Nothilfe gewährt werden, aber nur nach Begutachtung durch die zuständige Sektion der Nationalsozialistischen Partei. Das Beamtenrecht soll aufgehoben und durch ein Angestelltenverhältnis mit elastischen Kündigungsfrist ersetzt werden. Für die Richter soll die Unabsetzbarkeit für sechs Monate aufgehoben werden. Die Gewerkschaften wären zu verbieten. Bei der Presse wäre alles, was links von der „D. A. Z.“ stehe, zu verbieten. „Die übrige Presse wäre unter Vorzensur widerwillig zu gestalten“ mit Ausnahme der „Deutschen Zeitung“, der „Völkerrichtung“ und des „Angriffs“, die das Privilegium der Zensurfreiheit haben sollen.

Hungerlöhne für Nazijuden. Eine Berliner Zeitung teilt mit, daß die Firma Weid & Simberg in der Heiligegeiststraße für die NSDAP Uniformen herstellt. Täglich werden 100 Pakete per Post nach der Provinz entsandt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterinnen von früh 7 Uhr bis abends 10 Uhr arbeiten und Überstunden machen müssen, ohne daß sie dafür einen Pfennig extra bekommen. Die Löhne sind ebenfalls unter Tarif. Das gleiche Blatt meldet aus Schlesien, daß auch in Greifswald eine große Feinsefirma der NSDAP, hier, und zwar die Firma G. Wintler, Schießscheide-Waanderei AG. Dort werden die Uniformen am laufenden Band genäht. Je sechs bis acht Frauen bilden eine Nähgruppe. Der Stundenlohn dieser Frauen beträgt 12 bis 16 Pf. Die Firma Wintler stellt am Tag bis zu 700 Uniformen her. Die Näherinnen verdienen in den Betrieben durchschnittlich 8 M. bis 10 M. pro Woche, es kommt aber auch vor, daß sie nur 2 M. bis 3 M. verdienen. Wenn wir künftig Nazi-Uniformen sehen, werden wir also nicht nur an die Sakststeuer, an den Unterfüllungs- und Rentenraub denken, dessen Durchführung sich die Regierung mit der Duldung dieser Uniformen kaufte, sondern auch an die Hungerlöhne armer Nähmädchen, die in grauenvoller Weise ausbeutet werden, damit die Nordbarden Hilters mit ihren Notverordnungen auf der Straße paradiere können.

Kommunistisch-nationalsozialistischer Führeraustausch. Vor einigen Tagen kam es in Köslin zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, denen zwei Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Der „Völkische Beobachter“ benennt nun als den Hauptredaktionsführer der Kommunisten, den „ersten Agitator Emil Taech“. Dazu ist zu bemerken, daß Taech erst vor wenigen Monaten zu den Kommunisten übergetreten ist. Taech stammt aus dem Schlageterbund, war jahrelang Kreisleiter der Nationalsozialisten in Anklam und wurde später zum Bezirksleiter im Regierungsbezirk Köslin befördert. Jetzt ist er für die Kommunisten in dem gleichen Bezirk tätig. Aber die Nationalsozialisten können einen Ausgleich für diesen Führerverlust an die KP.D. suchen. Vor wenigen Tagen ist der Führer des kommunistischen Jugendverbandes in Lauenburg zu den Nationalsozialisten übergetreten. Heute Hakenkreuz, morgen Sowjetstern. Oder umgekehrt. Es sind gleiche Brüder. — Als am 20. Juli in einer kommunistischen Versammlung in Rassel die Festnahme des Berliner Kreispräsidenten Gregorinski, des Polizeipräsidenten Dr. Weiß und des Kommandeurs der Schutzpolizei Heilmann bekanntgegeben wurde, erforderte ein gewaltiger Beifallssturm, durch den die Kommunisten ihrer Freude an dem Beschluß der Reichsregierung drastisch Ausdruck gaben. Das wollen Klassenbewußte Profektarier sein!

Protest der christlichen Gewerkschaften. Der Ausschuß der christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland veröffentlicht zur politischen Lage folgende Verlautbarung: Die unheilvolle innerpolitische Entwicklung der letzten Monate hat durch die Zwangsmassnahmen für Preußen eine weitere Verschärfung erfahren. Wir protestieren namens unserer Mitglieder gegen verfassungswidrige Methoden, Land und Volk zu regieren. Wir bekämpfen jede wie immer geartete Diktatur. Die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes sowie die sozialen Lebensrechte der Arbeiterschaft müssen unbedingt gewahrt und gesichert werden. Die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationverbotes ist die Hauptursache der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlichen Zustände. Unablässig um Ruhe und Ordnung besorgt, fordern wir deshalb erneut sofortige Wiederintraffsetzung des Uniformverbotes, vor allem aber fordern wir ausreichende Maßnahmen für eine geordnete und unge störte Durchführung der Reichstagswahlen. Von den christlichen Gewerkschaften erwarten wir nach wie vor Besonnenheit und Disziplin. Provokationen radikaler Kreise sind energisch zurückzuweisen.

Weltausstellung in Chicago. Am 1. Juni 1933 wird in Chicago eine Weltausstellung, die zweite dieser Art in Amerika und die siebente in Amerika überhaupt, eröffnet. Seit nahezu zwei Jahren arbeitet man an dem Aufbau derselben, die einen Umfang von 200 Hektar hat. Das Ausstellungsgelände hat eine Länge von 5 1/2 Kilometer am Michigansee und ist fast auf eine Insel von 40 Hektar ein, die man besonders im See ausgehütet hat. Die erste Weltausstellung fand daselbst im Jahr 1893 statt und nahm die 40jährige Wiederkehr der Entdeckung Amerikas zum Anlaß (Kolumbus-Ausstellung). Sie beschränkte sich damals in der Hauptsache auf die Darstellung der amerikanischen Entwicklung bis zum Jahre 1893. Die neue Weltausstellung soll mehr der Gegenwart und den Problemen der Zukunft gewidmet sein, die großen Entdeckungen der Wissenschaft und Technik nicht nur registriert, sondern möglichst lebendig dargestellt werden. Man vertritt sich von der Ausstellung natürlich auch wirtschaftliche Erfolge, eine bessere Regelung und Neuanknüpfung von Handelsbeziehungen, eine Steigerung des amerikanischen Exports usw. Daß auch Deutschland als Aussteller dort erscheinen wird, dürfte selbstverständlich sein. Die Ausstellungsdauer ist auf 150 Tage geplant.

Aufkands Volksanleihe für 1932. In Sowjet-Rußland wird das für die Durchführung des Fünfjahresplanes erforderliche Kapital überwiegend aus den Gewinnen der staatlichen Unternehmungen und aus Steuermitteln und unmittelbar auch durch die Notenpresse aufgebracht. Zum Teil werden aber diese Ausgaben durch die Anleihen gedeckt, die Sowjet-Rußland bei der Bevölkerung aufnimmt. Je größer diese Anleihen, um so weniger müssen die zum Aufbau erforderlichen Kapitalien — mit inflatorischen Mitteln, die das Geld stark entwerten, aufgebracht werden. Die Anleihen sollen zwar freiwillig gezeichnet werden, in Wirklichkeit sind sie Zwangsanleihen ähnlich, da ihre Zeichnung unter dem stärksten moralischen Druck erfolgt. Nachdem in früheren Jahren bereits 2 Milliarden Rubel, im vergangenen Jahr weitere 2 Milliarden Rubel auf diesem Weg aufgebracht wurden, rechnet die Regierung für das laufende Jahr mit einem Anleiheertrag von mindestens 3,8 Milliarden Rubel. Da insofern der Geldwertverlust die Geldlöhne und Gehälter zur Zeit höher sind als im Vorjahr, und auch das Geld Einkommen der Bauern, dank dem ihnen in bestimmten Grenzen zugelagten freien Handel mit ihren Produkten, überall dort ansteigen dürfte, wo sie Produktion der Regierung durchaus begründet. Im übrigen bieten diese Anleihen neben den Sparfaiseneinlagen die einzigen Möglichkeiten für die Geldanlagen und sind auch deshalb vorteilhaft, weil sie, neben der zehnprozentigen Verzinsung und der mit ihnen verknüpften Gewinnmöglichkeit — die russischen Staatsanleihen haben als Losanleihen erhebliche Gewinnchancen —, durch Verkauf ohne Verlust zu Geld gemacht werden können. Die russische Staatsbank sorgt dafür, daß der Kurs dieser Anleihen nicht unter den Nennwert sinkt, ja diesen um 2 bis 4 Proz. übersteigt.

Konkultation im Reichstag. Wenn ein Abgeordneter Arzt ist, dann hat er im Reichstag seine größte Praxis. Im Vortagsreichstag war Abgeordneter Dr. Becker seines ärztlichen Berufs wegen von seinen Kollegen sehr geschätzt. Eines Tags kommt wieder einmal ein Abgeordneter zu ihm, klagt über Beschwerden im Rücken, und menschensfreundlich, wie Becker nun einmal ist, verschreibt er ihm ein kleines Rezept. Am andern Morgen findet der Patient auf seinem Bult eine Liquidation über zehn Mark für ärztliche Bemühungen. Das war dem Volksvertreter noch nicht vorgekommen. Er kauft Schurzstracks zu dem Fortschrittler

Albert Träger, der seines Zeichens ein Justizrat war, und erkundigt sich, ob er denn wirklich bezahlen müsse; er habe den Kollegen Becker doch nur so gelprädigtweise gefragt. Aber der Jurist kommt zu dem Ergebnis, daß tatsächlich eine Konkultation vorliegt und Becker berechtigt sei, dafür Bezahlung zu fordern. Der Abgeordnete ist wütend über diesen Bescheid, jüßt sich aber in das Unabänderliche. Am nächsten Tage hat er die ganze ärgerliche Geschichte schon vergessen, wird aber noch einmal daran erinnert. Auf seinem Abgeordnetenplatz findet er nämlich eine Liquidation des Abgeordneten Träger über fünfzehn Mark für eine juristische Auskunft.

Kleine politische Zeitnotizen. Am 22. Juli wurden in Berlin Kommandeur Heilmann erneuert und mit ihm Polizeimajor Ente sowie der Führer des Reichsbanner-Ortsvereins Charlottenburg, Carlberg, verhaftet und unter militärischer Bedeckung in die Militär-Arrestanstalt nach Moabit eingeliefert. Kommandeur Heilmann und der Reichsbannerführer Carlberg wurden am gleichen Tage wieder aus der Haft entlassen. Polizeimajor Ente wurde in Schutzhaft gehalten. — Am 23. Juli wurde Haftbefehl gegen den Schriftsteller Robert Breuer und den Reichsbannerführer Major a. D. Unter erlassen. Der letztere hat sich, bevor ihn der Haftbefehl erreichte, nach Darmstadt begeben und dadurch der Festnahme entzogen. — Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 jegliche Art der Aufforderung zum Generalkrieg durch Wort oder Schrift, einschließlich der Herstellung und Verbreitung von Druckschriften die derartige Aufforderungen enthalten, verboten. Am gleichen Tage ist von dem Inhaber der vollziehenden Gewalt eine Verordnung ergangen, die sich gegen den Waffenschein oder deren Anwendung richtet. — Der Reichsarbeitsminister hat die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt. — Das nationalsozialistische medienbürgliche Staatsministerium hat auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes ab 1. August eine Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge aller unmittelbaren Staatsbeamten um 2 1/2 Proz. verordnet. Für ledige und Ehepartner ohne Kinder beträgt die Kürzung 5 Proz. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind zu der gleichen Kürzung verpflichtet. — Der Staatsgerichtshof in Leipzig lehnte am 25. Juli den von den früheren preußischen Ministern und den Fraktionen der sozialdemokratischen und der Zentrumsparlei geforderten Erlass einer einseitigen Verfügung ab. Damit ist vom Staatsgerichtshof zugunsten der Reichsregierung entschieden worden.

Beizeiten

J. A. in A.: Mit Waffenschein und wir bereits überreich versehen, weshalb bei dem Abgängen Ablegung erfolgen muß. — G. in Bad S.: Artikel wird Aufnahme finden. — A. in U.: Für Änderungen zu spät, da inzwischen in anderer Form verhandelt. — G. in W. M.: Zur Veröffentlichung ungeeignet. Das mit Recht kritisierte dortige Selbstleben von der gemeinsamen Kammer wird anderswärts konkret und drifft ausgeglichen. — G. in Berlin: Witten anwor um Prüfung ihres Wiers. — G. in Spa.: Inf. 611 4,05 M. — S. in G.: Inf. 612 7,88 M.

Verbandsnachrichten

Verkaufskalender

Damburg-Altona. K o r r e k t u r v e r s a m m l u n g D o n n e r s t a g 2 7 . J u l i 1 9 3 2 8 U h r i m V e r e i n s l o t a l H i l f e b u d e s W e e , G r o ß e A l t e e 5 5 . L u d e n w a l d e . V e r s a m m l u n g S o n n a b e n d , d e n 3 0 . J u l i , a b e n d s 8 U h r , b e i G r a f f u w . W i t t e n b e r g (Hes. Anst.). K o r r e k t u r v e r s a m m l u n g a m S o n n t a g , d e n 2 8 . A u g u s t , v o r m . 1 0 U h r , i n W i t t e n b e r g .

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 60

(27. Juli 1932)
Artikel: Allgemeinerwerbendindigkeit des Manteltarifs und des Wohnabkommens. — Unser Verband im Jahre 1931 (Schluß).
Stellennahme des Bundesauschusses des DDBD, zur Sitzhaltung. — Rundlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterklasse. — Protest der christlichen Gewerkschaften. — Weltausstellung in Chicago.
— Aufkands Volksanleihe für 1932. — Konkultation im Reichstag. — Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenzeilige Millimeterhöhe für Stellenangebote und angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postcheckkonto Berlin NW Nr. 268 70

Neuerschienen:
Freiheitsplatte der Eisernen Front
Vorderselle: Freiheitsmarsch
Rückseite: Rotgardienmarsch und Internationale
Preis Mark 1,50
Liedertexte (Wortlaut mit Melodie) Preis je Mark 0,05
Soll jeder hat der Gesang unserer Bewegung propagandistische Kraft und Antrieb gegeben! Darum singt und spielt den Marsch der „Eisernen Front“! Der Marsch muß überall in Deutschland verbreitet sein. Freiheit!
Der Reinerlös fließt den Opfern des Abwehrkampfes gegen die NSDAP. zu.
Zu beziehen durch den Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker GmbH., Berlin SW 41, Dreilbndstr. 5

Am 21. Juli verstarb unser lieber Kollege (511)
St. Wetermann
im 77. Lebensjahr.
Wie werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Kollegen der Firma
Dreilbndstr. 5,
Zelpzig.

Am 21. Juli verstarb ein Kollege eines Betagten unsrer lieber Kollege, der Unvorsichtige
August Krüger
im Alter von 61 Jahren.
Wie werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Zelpziger Maschinen-
Festvereinsleitung.

Das Berechnen
von Druckladen erlernen
Wie schnell und sicher durch
Schulung am Fernkursus
für Druckschereberechnung.
Probierheft durch den
Bildungsverband der
Deutschen Buchdrucker, Berlin
SW 61, Dreilbndstr. 5.

Am 21. Juli verstarb unser lieber Kollege, der
Entor des Zelpziger
Gaues, nach überwältiger
Verbandsmitgliedschaft, der
Ehrenvolle
Stio Anstiel
Wie werden ihn als
treuen Vorkämpfer für
unsre Ideen in dankbarer
Erinnerung behalten.
Die Verbandskollegen
der Firma
S. A. Brochhaus, Zelpzig.

Schriften
Einschlüssen,
Mittelschlüssen,
Hüllmaterial, Formale u. Unterlagere liefert Karl Egel,
München 9, Kolumbusstraße 1.
Am 16. Juli erlag einem
Schicksal unser lieber
Sparrkollage und
Dobmann für Ent
im 60. Lebensjahr.
Nachwärtiger Sparrkollage
angehörig, betrauert
von einem Kollegen, dessen
Leben dem Kampf um die
Ehre der deutschen
Arbeiterbewegung gewidmet
war.
Ehre seinem Andenken!
Er bleibt uns unvergessen.
Maschinen/ehererereinig.
Gou Thüringen
(319 Eisenach).

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Nach langem, schwerem Leiden ist am Sonntag, den 24. Juli, unser langjähriges Vorstandsmitglied, der Sekretär unfres Gaubüros
Hermann Duhles
im 65. Lebensjahr sanft entschlafen. Als bewährter Berliner Betriebsfunktionär in den Gauverband berufen war uns der Verstorbene als Sekretär des Gaubüros ein von strenger Pflichterfüllung getragener, hilfsbereiter und tüchtiger Mitarbeiter, der sich durch sein freundschaftliches und kollegiales Wesen die Sympathie der Berliner Kollegenchaft erworben hat. Sein überaus reges Interesse für die Organisation bis zur Todesstunde zeigt, daß er in Hermann Duhles einen wertvollen und treuen Mitarbeiter im Vorstand verloren haben.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Der Berliner Gauverband.
Die Einäschung findet am Donnerstag, den 28. Juli, 17 1/2 Uhr, im Krematorium Gröblichstraße statt.